



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/239 - 13.10.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Auswärtiges Amt unter der Lupe	S. 1
Müder Wahlkampf in England	S. 3
Deutsch-alliierte Gespräche	S. 4

Ein Verhängnis für Deutschland

Zur Personalpolitik im Auswärtigen Amt

In dieser Woche findet im Bundestag eine grosse aussenpolitische Debatte statt.

D.Red.

H.P. Als die Alliierten der Bundesrepublik die Errichtung eines Aussenministeriums zugestanden, hatte die Regierung vorher reichlich Zeit gehabt, sich Gedanken darüber zu machen, welche Persönlichkeiten berufen werden sollten, diese so wichtige Behörde aufzubauen. Es gab hier eine einmalige Gelegenheit im Inland und Ausland zu zeigen, dass die Regierung den Sinn eines demokratischen Staatsaufbaues begriffen hat, nämlich dass eine demokratische Regierung das ganze Volk repräsentieren muss. Das ganze Volk aber heisst, Regierungsparteien und Opposition zu berücksichtigen, denn nur beide zusammen ergeben das Ganze. Was dagegen beim Aufbau des A. A. geschah, war, dass die Regierung im Anfang sehr gewissenhaft bemüht war, die wichtigsten Positionen derart zu besetzen, damit keine Koalitionspartei zu kurz käme. Schliesslich wurde auch die Besetzung nach konfessionellen Gesichtspunkten einigermaßen ausbalanciert und die Regierung wurde nicht müde, dies mit entsprechenden Tabellen zu beweisen. Damals hatte man immerhin noch einige gute Vorsätze. So wurde zu jener Zeit auch erklärt, dass kein Nazi die Bundesrepublik im Ausland vertreten dürfe.

Inzwischen haben zwar sämtliche Länder- und Bundestagsnawahlen gezeigt, dass die Regierung längst nicht mehr die Mehrheit des Volkes hinter sich hat. Desto energischer aber geht sie jetzt daran, Personen zu berufen, die sich auf die folgenden Gruppen beschränken:

- alte Beamte der Wilhelmstrasse, die je nach Alter und Geschick jetzt zum zweiten oder dritten Male treu und redlich dem Regime dienen. Sie waren immer schon "nur Beamte" und gaben vor,

13. Oktober 1951

politisch neutral zu sein. So waren sie lediglich "pro forma" Mitglieder der NSDAP und beschränkten sich darauf, den Nazismus tief im Inneren ihres Herzens zu bekämpfen.

- b) Dann die echten Nazis, die gar kein Hehl daraus machten, aber über genügend Verbindungen verfügten, über die Entnazifizierung gut hinweg zu kommen und heute als "entlastet" die Bundesrepublik auch im Ausland vertreten dürfen.
- c) Die früheren Beamten des A.A., die ihrer politischen Gesinnung wegen während des dritten Reiches entlassen wurden. Ihre Zahl ist verschwindend klein.
- d) Personen, deren hervorstechendste Qualifikation es ist, dass sie einer der Regierungsparteien angehören und
- e) solche, die zu diesen persönliche, wirtschaftliche oder sonstige Beziehungen haben.

Diese Art, Personalpolitik zu betreiben, hat bereits ungeheuren Schaden angerichtet. Es ist eine Schandtat für das demokratische Ausland, wenn alte P.G.'s heute wiederum die Botschaften und Generalkonsulate bevölkern, die noch vor zehn Jahren ihre diplomatischen Künste dazu benutzten, Hitler's Raubzüge zu festigen und die Theorie der deutschen Herrenrasse zu vertreten. Es ist eine noch grössere Zumutung für jeden deutschen Demokraten, dass die Regierung, die erst durch den Sieg der Demokratie über die Kräfte des Nazismus und der Reaktion möglich wurde, sich gerade auf jene stützt, die zu diesem neuen Staat kein inneres Vertrauensverhältnis haben können, wenn sie nicht fortwährend heucheln wollen.

Von jedem Aspekt aus ist diese Personalpolitik, für die kein geringerer als der Bundeskanzler selbst die Verantwortung trägt, ein Verhängnis für Deutschland. Wenn wir so fortfahren, wird es kein Einzelfall bleiben, dass sich ausländische Diplomaten weigern, den Nutznießern des dritten Reiches die Hand zu geben. Die Bundesregierung hat allen Grund aus moralischer, staatspolitischer und wirtschaftspolitischer Verantwortung heraus, neue Richtlinien für die Personalpolitik im diplomatischen Dienst auszuarbeiten. Dabei sollten folgende Punkte beachtet werden:

- 1) keiner, der im Auswärtigen Dienst dem dritten Reich als Mitglied der NSDAP gedient hat, darf vorläufig wieder im Ausland verwendet werden. Setzen in Sonderfällen einige von ihnen wirklich für das Auswärtige Amt unentbehrlich sein, dann sollte man sie im Bonner Amt beschäftigen. Ihre Verwendung im Ausland sollte von Fall zu Fall nach Ablauf von 2-3 Jahren erneut geprüft werden. Angehörige der NSDAP, die bereits im Ausland eingesetzt sind, sollten abberufen werden,
- 2) besonders in der Personalabteilung soll kein ehemaliger Nazi in leitender Stellung beschäftigt werden,
- 3) in beiden Fällen sollte die Regierung den Aussenpolitischen Ausschuss des Bundestages vor der Besetzung führender Stellen unterrichten und bei früheren P.G.'s begründen, warum sie ihre Positionen behalten sollen.

Das unheilvolle Festhalten an sogenannten "Fachkräften", das diese A.A. zum Turnplatz des Adels und der Industriekreise macht oder zum Anstellplatz für politische Freunde, macht ferner die Überprüfung der sachlichen Voraussetzungen notwendig. Der jetzt von der SPD beantragte Untersuchungsausschuss wird alle Hände voll zu tun haben. Das eingeleitete Dienststrafverfahren darf nicht im Sande verlaufen. Die Regierung muss beweisen, dass sie gewillt ist, ihre eigenen Fehler wieder gut zu machen.

Zu ruhiger Wahlkampf in England

F.S.London, Mitte Oktober

Nach vierwöchentlichem Aufenthalt in Deutschland ist es geradezu überraschend festzustellen, wie wenig Interesse die Bevölkerung Grossbritanniens den Wahlen entgegenbringt. Die Tages- und Zeitschriftenpresse ist zwar ausgefüllt mit Schlagzeilen und Artikeln, und die Parteiorganisationen haben Millionen von Flugblättern und Plakaten drucken lassen. Mit ihrer Verteilung wird aber erst begonnen; Mauern, Zäune und Fenster sind nur sehr spärlich "bepflastert", Versammlungen der drei Parteien sind, selbst wenn führende Politiker sprechen, auch nicht annähernd so gut besucht, wie jene, die 1945 oder im Vorjahre stattfanden. Ist der englische Wähler wirklich so gut unterrichtet, dass ihm die Agitation überflüssig erscheint, oder ist er wahlmüde oder interessenlos?

Das Wahlmanifest der Labour Party stellt vier Punkte in den Vordergrund: Erhaltung des Friedens, Vollbeschäftigung, Senkung der Lebenskosten, Soziale Gerechtigkeit. "Wir nehmen auch nicht für einen Augenblick an, dass ein dritter Weltkrieg unvermeidlich". Gerade deshalb sei es notwendig, dass wenigstens durch eine Stimme der Arbeiterschaft, vertreten durch eine Grossmacht, der Rat der westlichen Nationen beeinflusst wird. In einem besonderen Hinweis wird unter Beweis gestellt, dass unter den konservativen Regierungen zwischen den beiden Weltkriegen Arbeitslosigkeit für Millionen von Arbeitnehmern herrschte. Heute gäbe es bei einer Produktion, die bereits um 50 % höher liegt als vor dem letzten Kriege, mehr freie Arbeitsplätze als Beschäftigungssuchende. In diesem Lande, das viel stärker als Deutschland unter dem Mangel an Rohstoffen zu leiden hat, sind seit 1945 rund 1,3 Millionen neue Wohnungen errichtet worden. Preis- und Mietskontrolle, Nationalisierung und Beaufsichtigung der Privatindustrie stellten den Lebensstandard niedriger als in den meisten anderen Ländern. Auch der objektivste Beobachter wird feststellen müssen, dass sich Labour durch dieses kurze Manifest in den Vordergrund gespielt hat.

Die konservative Propaganda ist nicht in der Lage, auf diese durch Zahlen erhärteten Faktoren einzugehen. Deshalb stellen die Tories vornehmlich die Aussenpolitik der Regierung in den Vordergrund, die sie als zu wenig zielsicher und fest bezeichnen. Dass Indien, Pakistan, Ceylon und Burma die Freiheit gegeben wurde, ist ein besonders be-

beliebter Angriffspunkt, der durch die letzten Ereignisse in Persien und Ägypten erweitert wird.

Die liberale Partei hat sich aus den beiden Programmen ein eigenes konstruiert. Die Stimmen ihrer Wähler werden den Ausgang der Wahl unverdienterweise besonders dort beeinflussen, wo die Mittelpartei auf einen eigenen Sitz verzichtete. Da nur rund 50 liberale Kandidaten aufgestellt sind und die Anhängerschaft dieser Partei in den restlichen Wahlkreisen aufgefordert wird, konservativ zu wählen, muss die Labour Party einen schweren Kampf führen, dessen Ausgang gänzlich ungewiss ist, wenn auch der letzte Gallup Poll zeigte, dass der konservative Vorsprung über Labour zurückging.

+ + +

Stillstand und vage Hoffnung

(sp) Wenn jetzt Sachverständige an die schriftliche Fixierung der deutsch-alliierten Verhandlungen gehen, so sollte darin noch nicht der Anfang der Paraphierung der Verträge gesehen werden. Nach dem Stand der zwischen Adenauer und den Hohen Kommissaren bisher geführten Verhandlungen wird es nur um die verbindliche schriftliche Darstellung des gegenwärtigen Standpunktes auf deutscher und auf alliierter Seite gehen. Ein paar auch koordinierende Sachverständige werden gleichzeitig einen Teil des Themenkreises erörtern, der bis jetzt ausschliesslich direkt zwischen dem Bundeskanzler und den Hochkommissaren diskutiert worden ist. Nach unseren Informationen wird es also in der sachlichen Auseinandersetzung bei dem mit Ende der dritten Konferenz Adenauers erreichten Stillstand bleiben und die Tatsache, dass Kirkpatrick und Francois-Poncet ohne neue Instruktionen aus London bzw. Paris zurückkehrten, widerspricht der in Bonn zu hörenden Annahme, dass es in absehbarer Zeit doch zu Konzessionen der Alliierten kommen würde. Es heisst, der amerikanische Hochkommissar habe diese Möglichkeit durch eine Einigung innerhalb der Hochkommission vorbereiten wollen, damit gemeinsam den Regierungen der Westmächte dargelegte neue sachliche Argumente zu einer Annäherung dieser Regierungen an den deutschen Standpunkt führen könnten. Hat diese Absicht McCloy's Bestand, so ist sie bisher ohne Erfolg gewesen.

Dennoch scheint bei der Bundesregierung einmal mehr die Hoffnung

zu bestehen, über McCloy und State Departement seien den Alliierten doch Konzessionen abzurufen. Das ist die gleiche Haltung, die vor den Washingtoner Beschlüssen zu registrieren war und die dann zu den folgenden Enttäuschungen führte. Es scheint uns daher wenig realistisch, sich eine Überwindung des gegenwärtigen Stillstandes durch amerikanisches Entgegenkommen zu errechnen. Wenn eine solche Bereitschaft zur Anerkennung der deutschen Situation überhaupt Wirklichkeit werden sollte, dann wohl nur, wenn die Bundesregierung entschlossen ist, fest und - wenn es sein muss - auch sehr lange Zeit auf dem Standpunkt von der Unabdingbarkeit einer echten Gleichberechtigung zu beharren.

Wird und will sie es? Die ganze Aussenpolitik Adenauers trägt so sehr den Stempel der Hast, dass die Befürchtung, er würde eines baldigen Tages doch wieder um jeden Preis zu einem Vertrag kommen wollen, schon auf Verständnis stossen sollte. So lange diese Möglichkeit auch auf alliierter Seite einkalkuliert wird, dürfte es alles andere als Zugeständnisse der Westmächte geben.

Wer häufig und zu sehr vielem "Ja" sagt, der muss erst den Beweis erbringen, dass er auch zu einem "Nein" die Fähigkeit hat. Das wird vermutlich lange dauern und wir verstehen die Besorgnis, die bei jeder neuen Konferenz Adenauers mit den Hochkommissaren in einzelnen Kreisen Bonn zu spüren ist und die sich, ein wenig vereinfacht, in den Worten zusammenfassen lässt: hoffentlich bleibt er fest. Der Bundeskanzler sollte auch nicht vergessen, dass der eingetretene Stillstand - der durch die offizielle Feststellung von "Fortschritten" nicht beseitigt ist - mit scheinbaren Kompromissen nicht überwunden werden kann. In diesen Tagen muss diese Einsicht vor allem die Beurteilungen der bisherigen Gespräche über den Pleven-Plan bestimmen; denn wird in Paris ein "fauler" Kompromiss geschlossen, er würde automatisch einen zweiten bei den Verhandlungen über die Beendigung des Besatzungsregimes nach sich ziehen.

+ + +

Johann Meerfeld 80 Jahre

(sp) Am kommenden Dienstag begeht einer der Pioniere der nieder-rheinischen Arbeiterbewegung, Johann Meerfeld, seinen 80. Geburtstag. Er schloss sich in jungen Jahren der SPD an und betätigte sich besonders auf kulturpolitischem Gebiet. Viele Jahre leitete Meerfeld die "Rheinische Zeitung" in Köln, von 1916-1924 gehörte er dem Reichstag an. Der rüstige Jubilar lebt heute, nachdem ihn die Nazis bei ihrem Machtantritt aus Köln verwiesen hatte, freiwillig in Bonn.